Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 69 (1998)
Heft: 10

Artikel: Die Europäische Kommission : Allgemeines und berufliche Bildung, Jugend, informiert : Eltern haben jetzt mehr zu sagen

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-812743

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Europäische Kommission: Allgemeines und berufliche Bildung, Jugend, informiert:

ELTERN HABEN JETZT MEHR ZU SAGEN

In den verschiedenen europäischen Ländern werden die Eltern zunehmend in das Management der Bildungssysteme einbezogen, nicht nur auf Beratungs-, sondern manchmal sogar auf Entscheidungsebene. Welche konkreten Folgen hat diese Entwicklung? Eurydice hat zu diesem Thema vor kurzem eine Studie mit dem Titel «La place des parents dans les systèmes éducatifs» (Der Platz der Eltern in den Bildungssystemen) veröffentlicht, die sich mit der Lage in den fünfzehn Mitgliedstaaten der Europäischen Union und in den drei EFTA-/EWR-Ländern befasst. Im folgenden die wesentlichen Ergebnisse.

Alle Länder der Europäischen Union und der EFTA/EWR haben eine Politik der kollektiven Mitwirkung der Eltern an ihren Bildungssystemen entwickelt. Dies kommt vor allem durch Vertretungsmechanismus auf der Ebene der jeweiligen Schule zum Ausdruck.

Die Vertretungsmodalitäten variieren von einem Land zum anderen. In den meisten Ländern sind die Eltern in der Minderheit, da sie – auf allen in Betracht kommenden Ebenen – weniger als die Hälfte der Mitglieder repräsentieren. Eine paritätische Partizipation ist die Ausnahme: Sie besteht auf der Ebene der Länder und der Bezirke in Österreich (Kollegien der Landesschulräte und Kollegien der Bezirksschulräte) sowie auf der Ebene der Schule in der flämischen Gemeinschaft von Belgien (Participatie Raad), in Spanien (Consejo Escolar del centro in subventionierten Privatschulen), in Italien (Consiglio di interclasse), in den Niederlanden (Medezeggenschapsraad) und in Österreich (Schulforum und Schulgemeinschaftsausschuss).

Noch seltener ist die mehrheitliche Anwesenheit von Eltern in den verschiedenen Räten. Diese Situation trifft man nur im dänischen Skolebestyrelse und dem schottischen School Board an, die beide auf der Ebene der Schule tätig sind.

Die Eltern können jedoch auch beschliessen, ihre eigenen Mitwirkungsorgane zu bilden, um als Kollektiv eine Stimme zu haben. Dies ist in mehreren Ländern – Belgien (französische Gemeinschaft), Deutschland, Irland, Österreich, Schweden, Island, Liechtenstein und Norwegen – der Fall, die nur aus Eltern bestehende Räte gebildet haben, denen eine beratende Rolle zukommt, die nicht auf der Ebene der Schule haltmacht, sondern in manchen dieser Länder bis zur Ministerebene gehen kann.

Qualitätsgarantie für allgemeine Bildung

Das Konzept der Partnerschaft zwischen Familie und Schule wird von europäischen Eltern-, Lehrer- und Schülervereinigungen unterstützt. So unterstreicht die am 24. November 1996 in Kopenhagen unterzeichnete, gemeinsame Erklärung der europäischen Elternvereinigung (EPA) und des europäischen Gewerkschaftsausschusses für Bildung (CSEE/ETUCE), dass die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Lehrern und Bildungspersonal zu einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung beiträgt.

Dieses Interesse an der Partizipation der Eltern bestätigte sich anlässlich der Konferenz «Eltern als Partner», die der britische Vorsitz am 26. und 27. Februar 1998 in Edinburgh organisiert hat. Zu dieser Gelegenheit wurden die Strategien und Methoden vorgestellt, die entwickelt worden sind, um die Teilnahme der Eltern zu fördern und ihren Beitrag zu einer hochwertigen Bildung zu maximieren.

Partizipation – zwecks Beratung oder Entscheidung?

Die Rolle der Eltern kommt über die Kompetenzen der Partizipationsorgane, in denen sie einen Sitz haben, zum Tragen. Die Befugnisse dieser Organe sind hauptsächlich beratender Art, und zwar auf der zentralen und regional/lokalen Ebene. Dennoch gibt es einige erwähnenswerte Ausnahmen, zum Beispiel die Kollegien der Bundesbehörden auf der Ebene der Länder oder Bezirke in Österreich, deren Rolle die Annahme von Verordnungen und Vorschriften im Bildungsbereich umfasst; die daran teilnehmenden Elternvertreter sind stimmberechtigt.

Ausgeübt werden die Entscheidungsbefugnisse auf der Ebene der einzelnen Schule. Dabei geht es um die interne und alltägliche Verwaltung der Schulen: zum Beispiel die Stundenplangestaltung, die Organisation halbschulischer Aktivitäten, die Prüfung der Ausgaben oder die Aufrechterhaltung einer guten Zusammenarbeit zwischen Eltern und Lehrern.

Eine zweite Art von Entscheidungen geht jedoch über die alltägliche Organisation des schulischen Lebens hinaus. Diese betreffen die Verwendung des Haushalts, über den die Schule verfügt, die Anzahl von Lehrkräften, ihre Einstellung und Auswahl sowie die Festlegung des Lehrprogramms und der Lehrmethoden. Die Einbeziehung der Eltern in derartige Entscheidungen ist nicht die Regel; nur die Hälfte der Länder haben sie, zumindest teilweise, den Schulräten anvertraut, in denen die Eltern vertreten sind: Dänemark, Griechenland, Spanien, Irland, Österreich, Portugal, Vereinigtes Königreich (ausser Schottland), Liechtenstein und Norwegen. Zu unterstreichen ist die wichtige Rolle der Eltern im dänischen Schulrat, wo sie die Hauptverantwortung für die getroffenen Entscheidungen tragen, da sie im Rat die Mehrheit stellen. In Spanien, Portugal und dem Vereinigten Königreich (ausser Schottland) nehmen die Eltern auch an der Wahl oder Absetzung des Schulleiters teil, aber sie sind in der Minderheit vertreten; die Governings Bodies in England und Wales und die Boards of Governors in Nordirland sind auch für die Verwaltung des Personals und der Geldmittel sowie für die Festlegung der allgemeinen Ziele der Schule zuständig.

Ausbildung

Die meisten Länder der Europäischen Union und der EFTA/EWR organisieren Lehrgänge und Ausbildungsseminare speziell für die Eltern, um den Informationsbedarf, den letztere bei der Ausübung ihrer Vertretungsfunktionen erkennen lassen, zu erfüllen. Je nach Land können diese Ausbildungsaktivitäten vom Staat (flämische Gemeinschaft von Belgien, Dänemark, Frankreich, Irland, Niederlande, Vereinigtes Königreich) von privaten oder lokalen Initiativen (französische und deutschsprachige Gemeinschaft von Belgien, Deutschland, Griechenland, Österreich) und manchmal von den Elternvereinigungen selbst (Spanien und Irland) finanziert werden.

Der Euro geht zur Schule

Am 1. Januar 1999 wird der Euro offizielle Währung, und ab dem 1. Januar 2002 werden viele nichts anderes mehr im Portemonnaie haben. Wie kann man die besten Bedingungen für seine Einführung schaffen? Welche Rolle kann die Schule dabei spielen? Und wie kann die Kommission den Mitgliedstaaten helfen?

Im Mai 1997 fand auf Einladung der Kommission ein Runder Tisch zu den praktischen Aspekten des Übergangs zum Euro statt, an dem die wichtigsten sozioökonomischen Akteure der Union teilgenommen haben. Sie alle stellten fest, dass in der Öffentlichkeit ein grosses Informationsdefizit in Sachen Euro besteht. Insbesondere wiesen sie darauf hin, dass es entscheidend sei, unter den jungen Bürgern eine Informationskampagne zu diesem Thema durchzuführen. Daher hat die Kommission eine Gruppe externer Sachverständigen aus verschiedenen Fachgebieten (Unterrichtswesen, Kommunikation, Multimediabereich, Verbraucherschutz...) damit beauftragt, über eine Aktion, die via das Schulsystem durchgeführt werden könnte, über die Voraussetzungen für eine solche Aktion, den Zeitplan und nicht zuletzt die Möglichkeiten nachzudenken, die der Kommission offenstehen, um die Aktion zu unterstützen und zu ergänzen.

Die Schule, ein optimaler Ort zur Information

Junge Leute, die arbeitende Bevölkerung von morgen, sind ausgesprochen anpassungsfähig, haben meist eine positive Einstellung zum Euro und sind naturgemäss ideal dazu geeignet, die Informationen an ihre Eltern und Grosseltern weiterzugeben.

Es liegt im übrigen auf der Hand, dass der Schule in einer «bürgernahen» sozialen Aktion eine wichtige Funktion zukommt. Der Lehrer spielt oftmals eine wesentliche Rolle als «Informationsquelle» der Bürger eines Viertels, eines Dorfes. Zunächst einmal müssten sie selbst informiert werden, als Lehrer und als Verbraucher. Die Informationen, die sie benötigen, sind also gleichzeitig theoretischer und praktischer Art.

Die Schulklasse ist ein privilegierter Ort für den Dialog. Hier kann man offen über die mit Euro verbundenen Zweifel und Fragen der Kinder und, über dieses Sprachrohr, die der Eltern und Grosseltern diskutiert werden. Die Probleme in der Klasse zu erörtern, bietet zwei weitere Vorteile. Erstens hat dieser Ansatz nicht mit den kaufmännischen Erwägungen zu tun, die den von bestimmten privaten Wirtschaftsteilnehmern verbreiteten Informationen anhaften werden, und zweitens hat er nicht den zwangsläufig oberflächlichen Charakter einer Informationskampagne für die breite Öffentlichkeit. Darüber hinaus kann die Euro-Information in der Schule eine gute Gelegenheit darstellen, die Schüler besser mit den Völkern Europas und ihrer Geschichte vertraut zu machen.

Unter einem pragmatischeren Gesichtspunkt ist die Klasse auch der beste Ort, um zu lernen, sich mit den Grössenordnungen der neuen Währung zurechtzufinden. Die Jugendlichen werden so nicht nur lernen, Umrechnungen vorzunehmen und in Cent und Euro zu denken, sondern können auch mit der Gestaltung der Preise für Waren, Produkte und Dienstleistungen vertraut gemacht werden.

Das für die Schulen produzierte Material kann auch bei anderen Bevölkerungsgruppen verwendet werden, insbesondere bei Jugendlichen, die eine Ausbildung oder Lehre absolvieren und nicht in das klassische Bildungssystem integriert sind.

Die Sachverständigengruppe hält es übereinstimmend für notwendig, den Euro nicht als Gegenstand einer einfachen Information, sondern als Thema seiner wichtigen Botschaft zu behandeln. Der Ansatz kann je nach den angewandten pädagogischen Methoden variieren: Einzelne Staaten werden den Euro vielleicht in den Unterrichtsstoff aufnehmen, während andere Aktionen wie «Tag der offenen Tür» vorziehen mögen, um auch die Eltern einzubeziehen. Aber wie auch immer – der Euro muss gelehrt werden, er darf nicht nur Gegenstand von Informationen sein, die en passant mitgeteilt werden.

Sie sind Lehrer/in, Erzieher/in oder Ausbilder/in und möchten Kinder, Jugendliche oder Erwachsene mit dem Euro vertraut machen. Bei Ihrer Suche nach Informationen über den Euro kann die Internet-Seite der Kommission Ihnen helfen:
http://europa.eu.int/euro

Die Lehrkräfte müssten im Mai 1998 bereits über Basisinformationen verfügen, da ja die Liste der Länder, die am Euro teilnehmen, am ersten Maiwochenende festgelegt wurde. Auf jeden Fall müsste die Information der Lehrer für den Beginn des Schuljahres 1998/1999 gewährleistet sein und sich während des Zeitraums 1999 bis 2002 kontinuierlich festsetzen. ■

TAGUNGSSCHRIFTEN

2. Forum der Generationen vom 19. Mai 1998
Umgang mit Lebenskrisen und Verlusten.

2. Internationales Forum Demenz vom 10. Juni 1998
Alzheimer-Ferienseminare / Neurolinguistische Grundvoraussetzungen der Kommunikation bei Dementen / Biographic acting / Nonverbale Möglichkeiten der Musiktherapie / Die Bedeutung der Angehörigenarbeit.

3. Nationales Forum Qualität in der Altersarbeit vom 18. Juni 1998
Geschichte und Zukunft des Qualitätsmanagements / Wo bleibt die Ethik im Qualitätsmanagement? / Erfahrungen mit dem Qualitätsmanagement in anderen Dienstleistungsbereichen / Neue Systeme: OptiHeim von Tertianum OptiSysteme AG / KVG: Erfahrungen und Schlussfolgerungen.

Alle Tagungsschriften können zu je Fr. 17.– bei Tertianum ZfP, Kronenhof, CH-8267 Berlingen, Tel. 052/762 57 57, Fax 052/762 57 70, bestellt werden.